

## Energiewende und Atomausstieg:

Pläne und Konsequenzen

..... Seite 1/2

## Ausbau der Netze:

Ohne neue Stromleitungen  
keine Energiewende

..... Seite 3

## Unternehmen:

Entlastungen bei der Stromsteuer  
werden gekürzt

..... Seite 4

### Editorial

## Liebe Leserinnen und Leser,



*das unfassbare  
Unglück im Atom-  
kraftwerk Fukushi-  
ma hat in Deutsch-  
land große Bestür-  
zung ausgelöst und  
ein Umdenken in  
der Gesellschaft  
bewirkt. Wenn eine*

*solche Katastrophe in einem führen-  
den Industrieland wie Japan möglich  
war, was gibt uns dann die Sicherheit,  
dass wir in Deutschland vor Reaktorun-  
fällen verschont bleiben?*

*Der Druck auf die Politik nahm in den  
letzten Wochen zu und schnell wurden  
Maßnahmen für eine Energiewende  
getroffen. Als Folge der aktuell disku-  
tierten und umgesetzten Regierungs-  
beschlüsse steht uns eine massive Zäsur  
in der deutschen Energiepolitik bevor.  
Diese wird weitreichende Folgen für  
die Wirtschaft und Privathaushalte  
haben. Viele Experten weisen darauf-  
hin, dass eine rasche Energiewende  
hohe Kosten verursachen wird, die sich  
auch auf den Strompreis auswirken.*

*Auf dieses Thema legen wir in dieser  
Ausgabe der Impuls unseren Fokus,  
genauso wie auf den eminent wich-  
tigen Ausbau der Netze, der eine Ener-  
giewende erst möglich machen wird.*

*Ich wünsche Ihnen eine interessante  
Lektüre.*

**Ihr André Grieser, Geschäftsführer  
Energieversorgung Gera GmbH**

## Energiewende im Eiltempo

Die Katastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima hat die Diskussion um einen vorzeitigen Atomausstieg in Deutschland deutlich intensiviert. Während die Regierung noch vor kurzem eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken (AKWs) beschlossen hat, vollzieht sie jetzt eine „Rolle rückwärts“. Die viel diskutierte Energiewende steht für einen Kurswechsel der Regierung, der eine Begrenzung der AKW-Laufzeiten und einen vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland bis zum Jahr 2022 vorsieht. Die Regierung kündigt an, einen gesamtgesellschaftlichen Konsens bei der Energiewende herbeiführen zu wollen und hat dafür mit ihrem Gesetzesentwurf im Juni die Weichen gestellt. Auf Basis des Berichts der eingesetzten Ethik-Kommission, der Kabinettsbeschlüsse und der Bundestagsberatungen und -beschlüsse soll im Juli der Bundesrat über die angestrebten Änderungen in den Gesetzen zur Atompolitik abstimmen.

### Gesetzesentwürfe zur Energiewende:

- **Atomausstieg bis 2022:** Ab 2015 sollen die verbliebenen neun AKWs stufenweise abgeschaltet werden.
- **Vorübergehend stillgelegte AKWs sollen vom Netz bleiben.** Ein AKW soll eventuell für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft gehalten werden.
- **Atomsteuer:** Die Steuer auf neue Brennelemente soll bis 2016 beibehalten und bringt dem Staat dann bei neun verbleibenden AKWs noch 1,3 Milliarden Euro jährlich.

- **Endlagerung:** Hier soll bis Jahresende eine gesetzliche Regelung erfolgen.
- **Kraftwerksneubau:** Mit einem Beschleunigungsprogramm sollen Kapazitäten von bis zu zehn Gigawatt gebaut werden, darunter verstärkt Gaskraftwerke.
- **Energiesparende Gebäudesanierung:** Das Förderprogramm soll mit zinsgünstigen Krediten ab 2012 auf 1,5 Milliarden Euro aufgestockt werden.
- **Stromnetzausbau:** Bis 2020 sollen bis zu 4.450 Kilometer neue Stromautobahnen gebaut werden. Der Bund will die Bau- und Planungszeiten auf vier Jahre verkürzen.
- **Ökoenergieförderung:** Die Regierung will erneuerbare Energien schneller marktfähig machen und daher die Subventionen langsam zurückfahren.

### Abschaltung aller AKWs bis 2022

Nach dem Anfang Juni vorgelegten Gesetzesentwurf der Regierung zur Neuregelung energiewirtschaftlicher Vorschriften sollen die während des Moratoriums abgeschalteten Kernkraftwerke und das AKW Krümmel nicht wieder ans Netz gehen. Die übrigen deutschen AKWs sollen dann zwischen 2015 und 2022 schrittweise abgeschaltet werden. Der schnelle Ausstieg aus der Kernenergie erfordert einen zügigen Ausbau der



**Energieversorgung  
Gera GmbH**

Ein Unternehmen der Stadtwerke Gera AG  
und der GDF SUEZ Energie Deutschland AG  
**Strom • Gas • Wärme • Kälte**



erneuerbaren Energien und eine Verbesserung der Energieeffizienz. Zudem kommt dem Netzausbau (vgl. S. 3) eine zentrale Bedeutung zu.

Auch die deutsche Energiewirtschaft will einen breiten Konsens über die Grundzüge der zukünftigen Energieversorgung herbeiführen.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hält, laut einer Stellungnahme vom 6. Juni, einen vollständigen Ausstieg aus der Kernenergienutzung bis zum Jahr 2022 für möglich. Wichtig dabei sei, dass auch im weiteren Verfahren der technische Sachverstand der Energiebranche für die konkrete Umsetzung eingeholt werde. Es gehe jetzt um den Einstieg in ein neues Energiesystem, für das die Rahmenbedingungen richtig gesetzt werden müssen. Das gelte sowohl für den notwendigen Ausbau der Netze und erneuerbaren Energien, als auch für den Bau konventioneller Gas- und Kohlekraftwerke, die für die Systemstabilität noch auf längere Sicht gebraucht würden.

Der Verband sieht auch nach Beschluss der Gesetze zur Energiewende im Sommer noch erheblichen Korrekturbedarf für den Herbst des Jahres. Vor allem die Gewährleistung der Versorgungssicherheit im kommenden Winter müsse sichergestellt werden. Auch dürfe die Balance zwischen freiem Wettbewerb auf dem Energiemarkt und politischen Leitzielen nicht aus dem Gleichgewicht geraten. Die Kosten für den Umbau der Energiewirtschaft und die Folgen für das Landschaftsbild würden, so der BDEW, unsere Gesellschaft noch lange beschäftigen. Die Deutsche Energie-Agentur (dena) befürwortet ebenfalls den Atomausstieg und betont, dass der Einstieg in eine umfassende Energiewende dabei sozialverträglich

zu gestalten und der Industriestandort Deutschland zu sichern sei.

### Höhere Strompreise als Folge?

Bei der Einschätzung, ob die Strompreise in Deutschland im Zuge eines schnelleren Ausstiegs aus der Atomkraft teurer werden, gehen die Meinungen auseinander – verlässliche Zahlen fehlen derzeit. Der ehemalige Umweltminister Klaus Töpfer, Vorsitzender der Ethik-Kommission, prognostiziert, dass der Verzicht auf Kernenergie keineswegs zu deutlich steigenden Strompreisen führe. Er fordert, der Atomausstieg müsse zu einem Vorteil für die deutsche Wirtschaft genutzt werden.

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler rechnet dagegen in Folge der Abschaltung der AKWs mit zusätzlichen Energiekosten für die Bürger von 35 bis 40 Euro im Jahr. Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) prognostiziert eine tendenzielle Verteuerung, die vor allem energieintensive Unternehmen träfe. Der BDI fordert, dass betroffene Firmen eine Unterstützung durch den Staat erhalten sollen. Die Regierung möchte hierfür rund 500 Mio. Euro aus dem Energie- und Klimafond bereitstellen. Energieintensive Betriebe setzen zudem zunehmend auf eigene Energieerzeugung, z. B. durch den Bau von Kraftwerken vor Ort. Hinzu kommt, dass die Firmen weiterhin durch die EEG-Umlage belastet werden, mit der alle privaten und gewerblichen Stromverbraucher den Ausbau der erneuerbaren Energien finanzieren und die zuletzt auf 3,53 Cent pro Kilowattstunde gestiegen ist. Eine zentrale Bedeutung besitzt daher auch die Verbesserung der Energieeffizienz. Denn unnötiger Energieverbrauch bedeutet zusätzliche Kosten und ist damit ein erheblicher

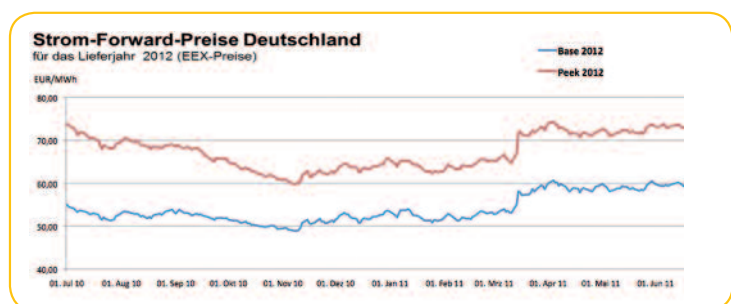
Wettbewerbsnachteil. Maßnahmen zur Energieeinsparung rechnen sich für Unternehmen in der Regel. Trotzdem werden sie häufig nicht durchgeführt, weil diese meist mit hohen Anlaufkosten verbunden sind und sich erst langfristig auszahlen.

### Versorgungssicherheit gewährleistet?

Am Wochenende des 21. und 22. Mai stand Deutschland vor einer Situation, wie es sie so noch nie gegeben hat: 13 von 17 AKWs waren nicht am Netz, u.a. wegen Wartungsarbeiten. Diese Ernstfallsimulation für die Versorgungssicherheit in Deutschland wurde ohne Engpässe überstanden. Die Bundesnetzagentur warnte daher auch grundsätzlich vor Panikmache bzgl. der Versorgungssicherheit beim Atomausstieg. Allerdings dürfe auch nicht der Eindruck entstehen, dass eine komfortable Situation vorhanden sei. Vielmehr handele es sich in so einer Situation um eine Mangelverwaltung. Die Netze seien seit dem Beginn des Moratoriums häufig am Limit gewesen. Denn das große Problem für die Versorgung in Deutschland ist nicht, dass mit der Abschaltung der AKWs eine große Strommenge fehlt. Entscheidend ist, wo und wann der Strom ein- und ausgespeist wird, damit die Spannung in den Netzen gehalten wird (vgl. Seite 3). Deutschland steht also mit dem Umbau seiner Energieversorgung vor einem Zukunftprojekt mit riesigen Herausforderungen, aber auch Chancen für die Innovationskraft der deutschen Industrie. Der Zubau neuer Energieerzeugungsanlagen und das Tempo beim Netzausbau einschließlich der Speicherkapazitäten entscheidet letztlich darüber, ob und wie der Abschaltplan der AKWs eingehalten werden kann.

## Strompreis-Überblick:

Energieversorgung Gera präsentiert Ihnen die aktuellen deutschen Strom-Forward-Preise für die Lieferung im kommenden Jahr auf Basis der Börsenpreise. Die Grafik verdeutlicht, dass der Strompreis nach der Katastrophe im Atomkraftwerk von Fukushima im März 2011 deutlich angestiegen ist.



Stand: 15. Juni 2011

# Netzausbau: Grundlage für die Energiewende

Bei der Diskussion um den Atomausstieg in Deutschland spielt ein Aspekt eine ganz entscheidende Rolle: der Ausbau der Stromleitungen. Neben den neuen Technologien zur Energieerzeugung sind vor allem die Reichweite, Leitungskapazität und Stabilität des künftigen Netzes entscheidende Faktoren für die Umsetzung der geplanten Energiewende. Denn das Tempo beim Netzausbau und -umbau einschließlich der Speicherkapazitäten entscheidet letztlich darüber, ob und wie der Plan zur Abschaltung der Kernkraftwerke eingehalten werden kann – darüber herrscht größtenteils Einigkeit bei Politik und Wirtschaft.

Zurzeit kommt die Kernkraftwerksleistung etwa zu zwei Dritteln aus Süddeutschland. Zukünftig soll jedoch verstärkt auf Windenergie gesetzt werden, vor allem über Windkraftwerke in der Nordsee. Bislang gelten fehlende Leitungen als Hauptgrund dafür, dass Strom aus den norddeutschen Windkraftanlagen nicht zu den Zentren des Verbrauchs in Süddeutschland gelangt. Der Strom muss aber bei gutem Wind abtransportiert werden können, damit der Bau neuer Ökostrom-Kraftwerke überhaupt sinnvoll ist.

## Erneuerung der Stromnetze besitzt Priorität

Deshalb, so betont der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), müsse die Erneuerung der Stromnetze jetzt absolute Priorität haben, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Die Deutsche Energie-Agentur (dena) sieht es als entscheidend an, dass die Netze der Zukunft intelligent und dementsprechend Stromerzeuger, Speicher und elektrische Verbraucher miteinander verbunden sind. So könne die Nachfrage viel stärker an das fluktuierende Angebot von Photovoltaik und Windenergie angepasst und neue Speichertechnologien integriert werden. Beide Organisationen sind sich einig, dass hierfür Innovationsfonds geschaffen werden sollten, welche die Netzbetreiber für Investitionen in neue Netztechniken nutzen können.

Der BDI unterstützt auch das Eckpunktepapier für ein Netzausbaubeschleunigungsgesetz des Bundeswirtschaftsministeriums

(BMWi). In einem sog. Bundesnetzplan sollen demnach die notwendigen Trassenkorridore ausgewiesen und für den Bau von Hochspannungsleitungen reserviert werden. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler will dazu die Länderzuständigkeit bei den Genehmigungsverfahren für Stromtrassen beenden und durch den einheitlichen Bundesnetzplan nach Vorbild des Bundesverkehrswegeplans ersetzen.

## Laut BMWi steht Deutschland beim Netzausbau europaweit vor drei großen Herausforderungen:

- Die volatile Stromerzeugung nimmt zu: Schwankungen haben Auswirkungen auf die Stabilität der Netze. Das gilt für die Übertragungsnetze und für die Verteilnetze.
- Durch die Zunahme der Stromerzeugung durch regenerative Energien, z.B. durch eine erhöhte Einspeisung von Solarstrom ins Netz, muss der Stromtransport verstärkt in beide Richtungen bewältigt werden. Bisher wurde der Strom meist in einer Einbahnstraße von den Übertragungsnetzen über die Verteilnetze bis zum Verbraucher transportiert.
- Der EU-weite Stromhandel nimmt zu: Deutschland – als Transitland zwischen den west- und osteuropäischen Strommärkten – wird perspektivisch deutlich mehr grenzüberschreitenden Stromhandel abwickeln als andere Länder.

## Herausforderungen an Technologie und Forschung

Der Netzausbau ist mit großen Anstrengungen für alle Beteiligte verbunden. Denn während heute rund 17 Prozent des Stroms in Deutschland durch regenerative Energien erzeugt werden, ist bis 2020 mit einem Zuwachs auf rund 40 Prozent zu rechnen. In einer Netzstudie der dena wurde dafür ein Bedarf von etwa 3.500 Kilometer Höchstspannungsleitungen ermittelt. Das sind zusätzliche 15 Prozent zum bestehenden Netz. Die Regierung hat jetzt in ihrem Gesetzesentwurf angekündigt, bis 2020 insgesamt

4.450 Kilometer neue Stromautobahnen zu bauen. Auch das Verteilnetz muss entsprechend ausgebaut werden, damit die regenerative Stromerzeugung beim Verbraucher ankommt. Die Kosten für den Ausbau belaufen sich laut dena auf 10 bis 28 Milliarden Euro – abhängig davon, ob Freileitung oder Erdkabel als Technik verwendet wird. Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur, geht sogar von 20 bis 40 Milliarden Euro aus. Die Erprobung von Erdkabeln und der Einsatz von Hochspannungsgleichstromübertragung stehen im Mittelpunkt bei den neuen Stromleitungstechnologien. Generell ist der Forschungsstandort Deutschland jetzt bei der Erschließung technologischer Potentiale gefragt. So lässt die Bundesregierung zurzeit mit einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob das Stromnetz der Deutschen Bahn künftig Strom aus erneuerbaren Energien zu Verbrauchern bringen kann. Technologischer Nachholbedarf besteht zudem beim Ausbau der Energiespeicherkapazitäten. Bis 2020 sollen rund 15.000 Megawatt Photovoltaik und rund 45.000 Megawatt Windenergie ins System eingespeist werden. Da die Erzeugung nicht immer bedarfsgerecht stattfindet, werden Speichertechnologien benötigt, wie z.B. Pumpspeicherkraftwerke. Die Regierung will bis zu 250 Millionen Euro in die Erforschung von Speichern investieren.

## Akzeptanz und Kosten für Verbraucher

Die Regierung betont, dass alle Beteiligten beim Netzausbau an einem Strang ziehen müssen – Netzbetreiber, die Planungs- und Genehmigungsbehörden vor Ort und die Bürger. Die dena sieht einen zusätzlichen Anreiz, wenn Bürger direkt an Baumaßnahmen beteiligt würden und die Gemeinde die Gewerbesteuer kassieren könne. Bei einem gesellschaftlichen und parteiübergreifenden Konsens entfalle zudem der Widerstand von Bürgern und Umweltverbänden gegen Ausbauarbeiten. Allerdings bleiben noch die Kosten, die im Endeffekt die Stromkunden tragen: Experten sind sich einig, dass die Umstellung auf erneuerbare Energien und der dafür nötige Ausbau der Stromnetze eine Erhöhung des Strompreises um mehrere Cent pro Kilowattstunde mit sich bringen wird.

## Weniger Stromsteuerentlastungen ab 2011

Das Inkrafttreten des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 hat für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft eine Reduzierung der bisher geltenden Strom- und Energiesteuerbegünstigungen zur Folge. Teilweise deutliche steuerliche Mehrbelastungen können die Folge sein.

### Als wichtigste Neuerungen des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 sind für betroffene Unternehmen zu beachten:

- die Aufhebung des Erlaubnis-scheinverfahrens,
- die Anhebung der allgemeinen ermäßigten Regelsteuersätze von 60 auf 75 Prozent,
- die Erhöhung des Sockelbetrags von 512,50 Euro auf 1.000 Euro,
- die Absenkung des Spitzenausgleichs von max. 95 Prozent auf max. 90 Prozent
- und die Einschränkung des Contractings auf einen Kernbereich der Steuerbegünstigung.

### Streichung des Erlaubnisverfahrens, Anhebung der Regelsteuersätze

Eine wesentliche Änderung im Bereich des Stromsteuerrechts ist der Wegfall des sog. Erlaubnisscheins. Das bisherige Erlaubnisverfahren wird durch ein Entlastungsverfahren abgelöst. Das hat zur Folge, dass ein Energieunternehmen wie Energieversorgung Gera keine Möglichkeit mehr hat, aufgrund der Vorlage von Erlaubnisscheinen Strom zum ermäßigten Steuersatz an seine Kunden zu liefern. Seit 2011 müssen die bisher begünstigten Unternehmen bei der Stromlieferung im Voraus die volle Stromsteuer von 20,50 Euro pro Megawattstunde (MWh) entrichten, anstatt der bisher ermäßigten 12,30 Euro. Damit erhöht sich der Preis je



Kilowattstunde (kWh) um 0,82 Cent. Innerhalb des neuen Entlastungsverfahrens steht den betroffenen Unternehmen nachträglich die Möglichkeit zu, beim zuständigen Hauptzollamt einen Antrag auf Steuerentlastung zu stellen. Neben dieser Umstellung des Verfahrens wird auch die Steuerentlastung für die Unternehmen gekürzt: von 8,20 Euro/MWh auf 5,13 Euro/MWh. Die ermäßigten Regelsteuersätze werden so von 60 auf 75 Prozent angehoben. Die Kürzungen gelten auch für Erdgas. Hier können Unternehmen künftig nur noch 1,38 Euro/MWh geltend machen.

Im Ergebnis wird somit nicht nur die Steuerentlastung deutlich reduziert, sondern der Wegfall des Erlaubnisverfahrens ist auch mit einem erheblichen Liquiditätsnachteil für die Firmen verbunden. Da der Strom jetzt mit dem vollen Steuersatz bezahlt werden muss, erfolgt die Steuererstattung dann in der Regel erst nach einem längeren Zeitraum.

### Spitzenausgleich verringert sich, weniger Steuerbegünstigungen beim Contracting

Auch die Entlastungsmöglichkeit durch den sog. Spitzenausgleich wird deutlich reduziert. Statt der bisher max. 95 Prozent der Stromsteuerbelastung können ab 2011 max. 90 Prozent der gezahlten Stromsteuern erstattet werden.

Die Steuerersparnis kann sich so für alle Unternehmen des Produzierenden Gewerbes erheblich reduzieren. Der Sockelbetrag für den Spitzenausgleich wird auf 1.000 Euro bei der Stromsteuer erhöht – anstatt bisher 512,50 Euro. Das bedeutet, dass die Steuerermäßigung dem Unternehmen nur gewährt wird, wenn die Steuer im Kalenderjahr den Betrag von 1.000 Euro übersteigt. Das entspricht einem Verbrauch von etwa 122 MWh.

Die Gesetzesänderungen betreffen auch das Contracting. Ab 2011 ist der Verbrauch von Strom für die energieintensive Erzeugung von Kälte, Wärme, Licht und Druckluft nur begünstigt, soweit die tatsächliche Nutzung auch durch ein Unternehmen des Produzierenden Gewerbes oder ein Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft erfolgt. Mit dieser Maßnahme will der Gesetzgeber erzielte Steuervorteile durch Contractingleistungen wie Wärme-, Kälte-, Druckluft- oder Lichtlieferung für z.B. Krankenhäuser, Kommunen oder Handelsunternehmen künftig verhindern. Contractingleistungen für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes sind allerdings weiterhin möglich. Und auch Anlagen mit Fernwärmeauskopplung o.ä. bleiben steuerbegünstigt.

### Weiterführende Links:

- [www.bdew.de](http://www.bdew.de)
- [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)

# Wir sind für Sie da!

Wir beraten Sie gerne bei allen Fragen rund ums Thema Energie!

Sie haben Fragen zur Energieeinsparung und Kostenreduzierung, zu aktuellen Preisen bzw. zur Preisentwicklung oder zu neuen Produkten und Dienstleistungen?

Ihr persönlicher Kundenberater steht Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.



Das Team des Geschäftskundenvertriebs der Energieversorgung Gera

## Hier finden Sie Ihre Ansprechpartner auf einen Blick.

Und damit Sie Ihren persönlichen Kontakt bei der Energieversorgung Gera stets zur Hand haben, können Sie diese Seite einfach heraustrennen und zusammen mit dem Energie-Glossar von Seite 4 abheften.



**Norbert Wenzel**  
Vertriebsleiter  
Tel. 0365 / 8 56 11 43  
Fax 0365 / 8 56 11 19  
norbert.wenzel@  
energieversorgung-gera.de



**Annegret Missale**  
Vertrieb Gas  
Tel. 0365 / 8 56 11 72  
Fax 0365 / 8 56 11 19  
annegret.missale@  
energieversorgung-gera.de



**Katja Laaser**  
Vertrieb Strom  
Tel. 0365 / 8 56 11 71  
Fax 0365 / 8 56 11 19  
katja.laaser@  
energieversorgung-gera.de



**Uwe Funk**  
Vertrieb Gas/Fernwärme  
Tel. 0365 / 8 56 11 63  
Fax 0365 / 8 56 11 19  
uwe.funk@  
energieversorgung-gera.de



**Reimund Hilscher**  
Vertrieb Strom  
Tel. 0365 / 8 56 11 70  
Fax 0365 / 8 56 11 19  
reimund.hilscher@  
energieversorgung-gera.de

# Vertrag für ein zukunftsfähiges Kraftwerk

Die Energieversorgung Gera stellte am 31. Mai wichtige Weichen für den effizienten und umweltfreundlichen Betrieb des Heizkraftwerks Gera-Nord. An diesem Tag unterzeichneten EGG-Geschäftsführer André Grieser sowie die Vertreter der Siemens AG Klaus Hüttenhofer, Leiter Service Oil & Gas and Industrial Applications, und Christian Laufer, Kaufmännischer Leiter Service Oil & Gas and Industrial Applications, einen Instandhaltungsvertrag für die Gas- und Dampfturbinenanlage in Tinz.

Der Vertrag hat eine Laufzeit von zehn Jahren und ein Volumen von rund 11,2 Millionen Euro. Er umfasst bis 2020 jährliche Wartungsarbeiten an den Gas- und Dampfturbinen sowie den Generatoren der beiden Kraftwerksblöcke. Außerdem sind Anpassungen der Anlage vorgesehen, um den ab 2012 verschärften Emissionsgrenzwerten gerecht zu werden. Vereinbart wurde zudem für die Jahre 2013 und 2014 eine Ertüchtigung der beiden Gasturbinen, damit diese länger als ursprünglich vorgesehen in Betrieb bleiben können.

Der Vertragsunterzeichnung waren eine europaweite Ausschreibung sowie mehrmonatige Verhandlungen mit den Anbietern vorausgegangen.



Vertragsunterzeichnung am 31. Mai 2011

# Gaslieferervertrag unter Dach und Fach

Die Energieversorgung Gera hat im Juni einen neuen Gaslieferungsvertrag mit der GMG Grau- und Metallguss GmbH zum Abschluss gebracht. Das Geraer Energieunternehmen führt mit der Vertragsverlängerung eine langjährige Kundenbeziehung fort. GMG Grau- und Metallguss steht seit 1935 für Metallgussprodukte aus Deutschland mit Spitzenqualität. Auf Basis der jahrzehntelangen Erfahrung der über 50 Mitarbeiter setzt das Unternehmen auf Innovation,

Fortschritt und hohes Engagement. So arbeitet GMG eng mit dem Fraunhofer Institut zusammen, um Themen wie Qualitätsmanagement und Prozessoptimierung im Metallguss wissenschaftlich zu erforschen.

Der Produzent aus Gera ist zudem weit über die Region hinaus als engagierter Ausbildungsbetrieb bekannt.

Weiterführende Links:  
■ [www.gmg-gera.de](http://www.gmg-gera.de)



# Tag der offenen Tür zum 20-jährigen Jubiläum

Mit einem Tag der offenen Tür feiert die Energieversorgung Gera ihr 20-jähriges Bestehen: Am Samstag, den 10. September, lädt das Unternehmen von 10 bis 18 Uhr auf ihr Firmengelände ein. Dort erwarten die Besucher ein buntes Unterhaltungsprogramm mit Musik und Kinderanimation. Ein umfangreiches Besichtigungsprogramm und zahlreiche Informationsstände runden das Angebot ab. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf „alternativen Antriebsformen“. Neben der Präsentation des Erdgasfuhrparks steht eine Reihe von Elektromobilen - vom E-Smart bis zum E-Bike - für Test-

fahrten zur Verfügung. Ab Mitte August können sich Interessenten zudem online unter [www.energieversorgung-gera.de](http://www.energieversorgung-gera.de) für Rundgänge in den Anlagen der Energieversorgung Gera anmelden.



## Impressum

### Kontakt:

Energieversorgung Gera GmbH, De-Smit-Straße 18, 07545 Gera, [www.energieversorgung-gera.de](http://www.energieversorgung-gera.de), [impuls@energieversorgung-gera.de](mailto:impuls@energieversorgung-gera.de)

Die Energieversorgung Gera GmbH (EGG) ist ein Gemeinschaftsunternehmen der Stadtwerke Gera AG (50,1%) und der GDF Suez Energie Deutschland AG (49,9%).

### Verantwortliche Redaktion:

Sandra Werner (Stadtwerke Gera AG)  
Frank Künzer (Künzer Kommunikation)

### Auflage:

600 Exemplare

### Gestaltung und Produktion:

Künzer Kommunikation  
[www.kuenzer-kommunikation.de](http://www.kuenzer-kommunikation.de)

### Druck: Druckhaus Gera GmbH

Alle in diesem Druckwerk mit Weblinks genannten Webseiten wurden zum Zeitpunkt der Drucklegung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Es wird keine darüber hinausgehende Gewähr für die Inhalte genannter Webseiten übernommen.